

2. Weiteranstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung für das Jahr 2023/24

Dringliches Postulat Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), Paul von Euw (SVP, Bauma) vom 12. September 2022 KBIK Kommission für Bildung und Kultur KR-Nr. 316/2022, RRB-Nr. 1316/5.10.2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Gemäss Paragraf 55 des KRG (*Kantonsratsgesetz*) haben wir heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Im Frühling hat wohl der Stellenplan in manchen Schulen irgendwie so ausgesehen, wie jetzt dieser Ratssaal (*Die Plätze sind nach der Mittagspause noch spärlich besetzt*). Und im Verlauf des Jahres, also bis zum Sommer, wird er sich dann gefüllt haben, so wie sich der Ratssaal in den nächsten Minuten ebenfalls gefüllt haben wird.

Vor vier Monaten, am 9. Juni, kam die Information über die Stellensituation an der Volksschule. Und was in den Schulen draussen längst bekannt war, wurde dann auch vom VSA (*Volksschulamt*) anerkannt und bestätigt: Lehrermangel auf allen Stufen der Volksschule. Dass es so weit gekommen ist, erstaunt kaum jemanden. Die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge gehen langsam in Rente und neue geburtenstarke Jahrgänge kommen in die Volksschule. Bereits viele Jahre im Voraus weiss man – zumindest ungefähr –, wer wann in Rente gehen wird. Und die Kinder fallen übrigens auch nicht vom Himmel; wir haben auch da einen Vorlauf von vier Jahren, was nebenbei länger ist, als das Studium zur Primarlehrperson dauert. Trotz all der Anzeichen: Die Bildungsdirektion, das VSA und die PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) blieben weitgehend untätig. Es scheint uns, sie verlassen sich auf das Prinzip Hoffnung. Die Hoffnung, dass Lehrpersonen ihr Pensum erhöhen, die Hoffnung, dass Lehrpersonen länger arbeiten, die Hoffnung, dass die Schulen das schon irgendwie schaukeln und das VSA am Ende sagen kann: Seht ihr! Hat doch alles bestens geklappt; alle Stellen besetzt.

Nun, dieses Jahr hat es das nicht. Die Rekrutierung wurde zu einem Kraftakt ohne Auswahlmöglichkeiten und hat die Schulleitungen übermässig absorbiert. Zum Schuljahresstart waren glücklicherweise fast alle Stellen besetzt, davon rund 500 mit Lehrpersonen ohne entsprechende Ausbildung. Um die Schulqualität zu sichern, wird nun in diese – ich finde – äusserst mutigen Menschen viele Ressourcen gesteckt, von den neuen Lehrpersonen selbst, den Schulleitungen und vor allem auch von den bestehenden Teams mit erfahrenen Lehrpersonen. Die involvierten Schulmenschen, genauso die Kinder und Eltern, wünschen sich nun Konstanz und vor allem Planungssicherheit. Es ist die Aufgabe der Regierung dafür zu sorgen.

In der Antwort zum Postulat ist zu lesen, dass die Regierung unser Anliegen aufnimmt, und zwar, Zitat: «Mit den Bestrebungen der Bildungsdirektion und der

PHZH, diesen Lehrpersonen einen erleichterten Zugang und entsprechend angepasste Studienbedingungen zu ermöglichen, wird das Anliegen des dringlichen Postulates aufgenommen.» Da interessieren uns natürlich Details, und ich bitte die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) um Erläuterung. Welche Kriterien werden beim erleichterten Zugang angewendet? Wird die jetzige Tätigkeit der Lehrpersonen angemessen angerechnet? Und wie sehen die angepassten Studienbedingungen aus?

Zu der Interpellation zum Lehrermangel von Karin Fehr im Jahr 2020 (*KR-Nr. 70/2020*) beantwortete der Regierungsrat eine Frage wie folgt: «Der Regierungsrat plant keine Sofortmassnahmen. Die gesetzlichen Grundlagen ermöglichen es, bei Bedarf entsprechende Massnahmen einzuleiten.» Das Prinzip Hoffnung wurde schon da gelebt, denn jetzt mussten sie auf genau diese Ausnahmeregelung für den Ernstfall zurückgreifen, das, obwohl die Regierung durchaus Instrumente hat, um Entwicklungen zu steuern. Die Zulassungsbedingungen zum Quest-Studiengang (*Studiengang Quereinstieg Primarstufe*) beispielsweise hätten bereits in eigener Regie und Kompetenz geändert werden können.

Auch wenn es im Postulat nicht um den Quest-Studiengang geht, mache ich eine Bemerkung dazu: Die PHZH, die übrigens unsere Dienstleisterin ist, soll den Bedürfnissen von Personen, die mitten im Leben stehen, noch mehr entgegenkommen. Das Studium soll einen flexiblen, individuell zusammenstellbaren, modularen Aufbau haben. Und ganz wichtig: Eine angemessene Arbeitstätigkeit muss während des gesamten Studiums möglich sein. Wenn das bis zum nächsten Studienjahr erfüllt ist, dann tiptopp! Falls nicht, kann die hier geforderte Verlängerung der Ausnahmeregelung helfen, damit die PHZH und die Bildungsdirektion etwas mehr Zeit haben, notwendige Anpassungen vorzunehmen und greifen zu lassen.

Für uns von der FDP ist das Prinzip Hoffnung untauglich. Wir befürchten, dass im Sommer 2023 weitere Lehrerstellen mit Lehrpersonen ohne Diplome besetzt werden müssen. Das wäre dann für alle, insbesondere aber für die betroffenen Kinder, der schlechteste aller Fälle.

Die Volksschule als wichtiger Pfeiler für die Entwicklungsstärke und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verdient es, dass die Bildungsdirektion ihren Führungsauftrag endlich wahrnimmt. Wir erwarten zeitnah kurzfristige sowie dringend langfristige Lösungen für das Problem. Die Hoffnung stirbt bei uns bekanntlich zuletzt. Ich danke Ihnen und hoffe, dass auch Sie das Postulat unterstützen.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Zirka 530 Personen der über 18'000 Lehrpersonen an der Volksschule haben zurzeit keine entsprechende pädagogische Ausbildung. Die Geschichte zeigt uns, dass die Bildungsdirektion seit 2008 an der Problematik «Lehrermangel» arbeitet. Seit 14 Jahren wird an der Problematik gearbeitet und nach wie vor liegt keine Lösung vor. Ich könnte Ihnen nun diverse Gründe zum Lehrermangel aufzeigen wie beispielsweise das Bevölkerungswachstum oder die Teilzeitarbeit der Lehrpersonen. Wir diskutieren aber heute nicht über die Gründe des Lehrpersonenmangels, sondern über einen Mosaikstein, mit welchem wir das

Problem kurzfristig lösen können beziehungsweise lösen müssen, denn im Zentrum stehen die Schülerinnen und Schüler.

Es ist aber anzunehmen, dass sich bei diesem Problem – was ich aufgrund medialer Berichterstattung vergangene Woche festgestellt habe – die Bildungsdirektion scheinbar nur halbherzig um eine Problemlösung kümmert. Die Taskforce, welche zum Thema «Lehrpersonenmangel» vor mehreren Jahren ins Leben gerufen wurde, tagt scheinbar seit 2019 nicht mehr. Vielmehr wurden, gemäss demselben Zeitungsbericht, bilaterale Gespräche geführt, um Lösungen zum Problem zu erarbeiten. Was auch immer das bedeutet, bilaterale Gespräche. Diese sind aber sicher keine Anzeichen, welche auf eine Problemlösung hinweisen.

Nun möchte die Regierung dieses Postulat ebenfalls ablehnen. Wieder eine ablehnende Haltung zu diesem Problem oder mindestens zu einem Teil davon; man könnte auch sagen: Arbeitsverweigerung – ich weiss es nicht. Die Begründungen, namentlich über die erwähnten Rahmenbedingungen, des Regierungsrates mögen so weit stimmen, lösen aber das Problem nicht. Es ist an der Zeit, diese Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Lehrpersonen ohne pädagogische Ausbildung so lange als Lehrpersonen eingesetzt werden können, wie es notwendig ist. Es liegt auf der Hand: Personen, welche bereits ein Jahr Erfahrung im Lehrberuf gesammelt haben, bringen sicherlich mehr und sind qualitativ besser im Schulzimmer, als sie das zu Beginn ihrer Tätigkeit waren. Das gilt selbstverständlich so dann auch für neue Lehrpersonen ohne pädagogische Ausbildung. Was die Regierung anschliessend ausführen möchte, das überspringe ich jetzt, da sie (*gemeint ist Bildungsdirektorin Silvia Steiner*) nicht hier ist. Wir sind aber an einem Punkt angelangt, an dem die Bildungsdirektion sowie auch die Schulpflegen die Situation nicht mehr im Griff haben. Wir möchten – und wenn ich sage «wir», meine ich die Gesellschaft –, wir brauchen Lösungen, welche die Verantwortlichen steuern können, wo die Verantwortlichen, die Bildungsdirektion sowie die Schulpflegen in den Gemeinden, die Fäden in der Hand haben und steuern können. Und wir haben es von meiner Vorrednerin gehört, dass wir nicht auf das Prinzip Hoffnung setzen können. Zurzeit steht das ganz Konstrukt auf dem Prinzip Hoffnung, dass wir nächsten Sommer genügend Lehrpersonen haben.

Aufgrund der folgenden Forderungen bitte ich Sie, das Postulat mit uns zu überweisen. Erstens, wir wollen, dass bei einem potenziellen Lehrermangel auch im Schuljahr 2023/2024 die bereits heute eingesetzten Lehrpersonen ohne Diplome weiterbeschäftigt werden, wenn nötig auch ohne begonnene Quest-Ausbildung. Zweitens, wir wollen die bestmögliche oder wenig schlechteste Lösung im Sinne der Schülerinnen und Schüler. Und drittens, wir wollen einen Regierungsrat, welcher sich diesem Problem nicht verschliesst, sondern stellt. Weiter wollen wir eine zeitnahe Strategie zur mittel- und langfristigen und nachhaltigen Lösung des Lehrpersonalmangels.

Ich bitte Sie somit, mit uns zusammen das Postulat zu überweisen. Besten Dank.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): In der Zeitung konnte man am Freitag lesen, dass die Taskforce der Bildungsdirektion, welche den Lehrpersonenmangel beheben

sollte, das letzte Mal 2019 getagt hat – der Kollege aus Bauma hat es angesprochen. Das ist jetzt drei Jahre her. Auch konnte man lesen, dass die Lehrpersonenvertretung aus der Taskforce unter Protest ausgetreten ist, weil keine strukturellen Verbesserungen im Lehrberuf zur Debatte standen. Das wirft natürlich Fragen auf. Deshalb habe ich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen heute einen Vorstoss dazu eingereicht.

Wieso erzähle ich das? Die Geschichte um die Taskforce hängt mit diesem dringlichen Postulat zusammen und steht beispielhaft dafür, wie bürgerliche Bildungspolitik aussieht. Erstens, man sieht das Problem auf sich zurollen. Zweitens, man tut nichts und muss dann drittens zu panischen Notlösungen greifen, welche reine «Pflasterli»-Politik darstellen. Und das Traurigste ist viertens, man ist immer noch nicht bereit, das ursprüngliche Problem zu lösen. Dass es diese Taskforce gab, zeigt, dass die Bildungsdirektion das Problem des Lehrpersonenmangels auf sich zurollen sah. Wissen, dass man ein Problem hat, das ist der erste Schritt für eine Lösung. Aber man muss eben diese Schritte dann auch gehen. Die Bildungsdirektion hat aber offenbar nicht die nötigen Massnahmen ergriffen, welche einen akuten Lehrpersonenmangel verhindert hätten, eben auch, weil man nicht bereit war, strukturelle Änderungen vorzunehmen, die finanzielle Folgen gehabt hätten. Die Früchte dieser Politik mussten wir im Sommer ernten. Im Kanton Zürich mussten Lehrpersonen – das wurde auch schon angesprochen – mehrere hundert Lehrpersonen ohne pädagogische Ausbildung eingestellt werden. Spätestens dann hätte man über die strukturellen Probleme des Lehrberufs reden müssen. Die SP-Fraktion hat die entsprechenden Vorstösse eingereicht. Aber offenbar besteht die Lösung für SVP und FDP darin, diese Lehrpersonen einfach weiter zu beschäftigen. Das kann und darf nicht die Lösung sein, womit wir bei diesem dringlichen Postulat angekommen wären.

Wir müssen dieses Problem wirklich anpacken und nicht das Provisorium zum Provisorium machen. Auch wir wissen, dass es auch nächstes Jahr für die Schulen schwierig sein wird, pädagogisch ausgebildete Lehrpersonen zu finden. Und dass es durchaus Sinn machen kann, die jetzt angestellten Lehrerinnen und Lehrer ohne Ausbildung weiter anzustellen. Wir sind auch bereit hier Hand zu bieten, aber nur, wenn klar ist, wie die unausgebildeten Lehrpersonen, die jetzt in unseren Schulen arbeiten, zu einer pädagogischen Ausbildung kommen. Das wissen wir immer noch nicht. Erst wenn wir sehen, dass die Bildungsdirektion das Problem des Lehrpersonenmangels wirklich zu lösen gedenkt und klar ist, wie die unausgebildeten Lehrpersonen zu einer Ausbildung kommen, bieten wir Hand, diese weiterhin unterrichten zu lassen. Erst wenn auch strukturelle Massnahmen im Raum stehen wie Änderungen des Berufsauftrags, mehr Ressourcen bei Integration und Schulleitung, Abbau von Admin-Aufgaben, bessere Teilzeitstudium-Angebote der PHZH – da bin ich mit Raffaella Fehr einig. Aber es gibt so viele weitere Massnahmen, die wir ergreifen müssen und die schon lange hätten aufgegleist werden müssen, die man jetzt endlich angehen müsste. Und erst dann können wir sagen, ja in diesem Gesamtkonzept macht es Sinn, die unausgebildeten Lehrpersonen weiterhin anzustellen. Aber einfach nur die unausgebildeten Lehrpersonen weiterhin anstellen, ist der falsche Weg, das ist «Pflasterli»-Politik. Das ist genau

die bürgerliche Bildungspolitik, die dazu beigetragen hat, dass wir überhaupt in diese schwierige Lage letzten Sommer gekommen sind. Wir bitten Sie deshalb, dieses dringliche Postulat abzulehnen, um den Weg freizumachen für eine Lösung, welche dem Problem auch gerecht wird.

Judith Stofer (AL, Zürich): Ich kann es sehr kurz machen: Die Alternative Liste wird das dringliche Postulat unterstützen.

Es handelt sich um 530 Lehrpersonen, die aktuell ohne Lehrdiplom unterrichten. Sie sind lediglich einen Tropfen auf dem heissen Stein; sie müssen sich in der Praxis in diesem Jahr bewähren. Nach einem Jahr wissen wir, ob sie sich bewährt haben oder nicht. Die Schulgemeinden werden keine Personen anstellen, die sich nicht bewährt haben. Wir finden aber auch, dass parallel dazu – und nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der unausgebildeten Lehrpersonen, die die Leute begleiten – die PHZH Lehrpersonen ohne Lehrdiplom mit Kursen weiterbilden und fitmachen muss.

Ich möchte noch etwas zu Paul von Euw sagen. Er hat mich schon ein bisschen irritiert, weil, vor den Sommerferien haben wir den Lehrpersonenmangel mit der Interpellation von Karin Fehr schon einmal diskutiert. Da hat sich die SVP ganz klar auf den Standpunkt gestellt, es sei kein Problem, die Lehrpersonen sollen einfach ihr Pensum erhöhen und dann ist alles gelöst. Jetzt, ein paar Monate später, ist die SVP auf einen Vorstoss der FDP aufgesprungen, die eine ganz konkrete Massnahme fordert. Das finden wir schon ein bisschen lottrig. Die Alternative Liste wird das dringliche Postulat unterstützen. Besten Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Sehr geehrte Frau Bildungsdirektorin in absentia. Leider ist es ihr anscheinend nicht wichtig, heute dabei zu sein, obschon es um die Bildung künftiger Generationen und um die Frage geht, wie wir mit dem Lehrermangel umgehen.

Diesen Sommer hat man beschlossen, dass Personen ohne Ausbildung in die Klassenzimmer dürfen. Die Schulteams haben mit viel Aufwand diese Personen eingearbeitet und entsprechend in die Teams aufgenommen. Sie wurden während der ganzen Zeit begleitet und leisten gute Arbeit für unsere Schülerinnen und Schüler. Langfristig will die GLP, dass wieder Personen mit Ausbildung im Schulzimmer sind beziehungsweise, dass man bei der Ausbildung auch berufsbegleitende Möglichkeiten vorsieht; eine entsprechende Anfrage der EVP (KR-Nr. 379/2022) haben wir auch unterstützt.

Das ist aber alles nicht so schnell umsetzbar, das kommende Schuljahr ist aber schon bald da und die Planung dafür fängt fast schon an. Es wäre für die Lehrpersonen und die Teams, die jetzt ganz viel Aufwand auf sich genommen haben und diese Personen in ihre Teams integriert haben, einen Affront, wenn man denen sagt, vielen Dank für deine Arbeit, gut gemacht, du darfst nun auf Feld eins von Neuem beginnen. Personen, die im aktuellen Schulteam gut arbeiten, die von der Schulleitung geschätzt werden und die man behalten möchte, sollen aus unserer Sicht nächstes Jahr weiterarbeiten können. Dies ist ressourcenschonend und ein-

fach sinnvoll. Wir erwarten aber auch, dass die Problematik gesamtheitlich angegangen wird. Es ist Schluss für uns mit der «Pflästerli»-Politik. Es geht schliesslich, wie ich anfangs gesagt habe, um die Bildung der nächsten Generationen. Wir werden das Postulat unterstützen. Vielen Dank.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Dieser Vorstoss würde eine Gesetzesänderung verlangen, womit ein Postulat das falsche Instrument ist.

In diesem Schuljahr hat im Kanton Zürich ein kleiner Anteil der Lehrpersonen keine pädagogische Ausbildung. Es sind zirka 500 von 18'000 Lehrpersonen. Diese Lehrpersonen möchten auch wir in der Volksschule behalten. Deshalb sollen sie an der PHZH das notwendige pädagogische Rüstzeug erhalten, denn uns ist die Qualität unserer Volksschule wichtig. Sicherlich ist es wünschenswert, wenn die Aushilfen, sobald sie an der PHZH sind, auch weiterhin an der Volksschule weiterarbeiten können. Aber nach einem Jahr Unterricht sollen die Aushilfen die Ausbildung an der PHZH in Angriff nehmen. Nach einem Jahr wissen diese Menschen auch, ob sie weiter an der Volksschule unterrichten wollen. Wir werden dieses Postulat nicht unterstützen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Es tönt verführerisch einfach: Wir lassen die Lehrpersonen ohne Ausbildung einfach ein weiteres Jahr arbeiten, dann haben wir das Lehrpersonenmangel-Problem gelöst. Wirklich? Und was machen wir nach einem Jahr? Die Anstellung um ein weiteres Jahr verlängern und dann noch eins und noch eins...? Viel zielführender ist doch das Vorgehen, wie die Bildungsdirektorin es skizziert: Den Personen ohne Lehrdiplom, die sich bei ihrem Einsatz in der Schule bewähren und nur diesen, wird der Start in die Quereinsteiger-Ausbildung angeboten. So können sie in der Schule teilzeitlich weiterarbeiten und erhalten gleichzeitig eine längerfristige Perspektive für ihren beruflichen Weg in der Schule. Das dient ihnen selbst, und es dient vor allem unseren Kindern, die das verfassungsmässige Recht haben, von ausgebildeten Lehrpersonen unterrichtet zu werden.

Damit dies funktioniert, braucht es aber auch Flexibilität, Augenmass und eine gute Zusammenarbeit von pädagogischer Hochschule, Volksschulamt und kommunalen Schulbehörden – gerade was die Flexibilität im Blick auf Teilzeitstudien betrifft oder die Anerkennung von früheren Berufserfahrungen, da gibt es durchaus noch Luft nach oben. Nur wenn alle sich bewegen, und zwar gemeinsam und in die gleiche Richtung, ist das komplexe Problem des Lehrpersonenmangels zu lösen.

Unsere Kinder haben es verdient, eine gute Schulbildung durch ausgebildete Lehrpersonen zu erhalten. Und vergessen Sie nicht: Kinder sind die nächste Generation und die Zukunft unseres Landes. Die EVP lehnt daher das vorliegende Providurium-Postulat ab.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Auch für uns Grünen muss schnell klarwerden, unter welchen Bedingungen Lehrpersonen ohne Diplom über den Sommer 2022 hinaus weiterbeschäftigt werden können. Die Schulen und hier insbesondere

die Schulleitungen, die für die personelle Führung verantwortlich sind, benötigen Planungssicherheit, und zwar möglichst schnell, wenn nicht sogar jetzt.

Wir Grünen verweisen gerne auf unsere am 30. Mai eingereichte dringliche Interpellation «Ready for Teaching 2022», wo wir bereits darauf hingewiesen haben, dass es absehbar ist, dass die Schulen über das Schuljahr 2021/2022 hinaus auf unausgebildete Lehrpersonen angewiesen sein werden. Schlicht und einfach darum, weil der aktuelle Lehrpersonenmangel zu akut und zu gross ist und nicht mehr von einem auf den anderen Tag behoben sein wird. Wir haben die Bildungsdirektion damals auch danach befragt, wann sie sich für die Verlängerung der auf ein Jahr befristeten Sofortmassnahme aussprechen werde. Der Regierungsrat gab im Juni 2022 zur Antwort, die gesetzlichen Grundlagen würden die Weiterbeschäftigung dieser Lehrpersonen nicht zulassen. Nun, wir alle wissen, gesetzliche Grundlagen lassen sich ändern und manchmal sogar sehr schnell, wenn es dringend ist. Das hat uns die Pandemie (*Covid-19-Pandemie*) gelehrt. Hier wäre also unsere Bildungsdirektorin zusammen mit ihrer Direktion befragt. Wir Grünen werden Hand bieten für diese Gesetzesänderung. Für uns sollen Lehrpersonen ohne Diplom jedoch ab dem zweiten Jahr ihrer Beschäftigung eine Weiterbildung absolvieren müssen. Am liebsten wäre uns, wenn dies die ordentliche Ausbildung an der PHZH wäre, da deren durchschnittlicher Beschäftigungsgrad aktuell rund 45 Prozent beträgt, müsste es möglich sein, den Lehrpersonen ohne Diplom eine Ausbildung anzubieten, die sich parallel zur Beschäftigung an den Schulen absolvieren lässt. Alternativ könnte es auch sonst eine Fachausbildung sein, die sich später an die Lehrerausbildung an der PHZH anrechnen liesse.

Warum legen wir Grünen derart Wert darauf, dass diese Lehrpersonen ohne Diplom schnellstmöglich eine Aus- oder Weiterbildung besuchen? Für eine qualitativ gute Schule, für einen qualitativ guten Unterricht braucht es professionelle Kompetenz. Lehrerin oder Lehrer sein ist ein Beruf und im besten Falle auch eine Berufung. Die aktuellen Erfahrungen in den Schulen mit dieser Lehrpersonengruppe zeigen sehr deutlich, dass Schulleitungen und Schulteams in der Regel – und ich betone hier «in der Regel» – viel in deren Begleitung investieren müssen. Dies auch dann, wenn die Schulen sich vorgängig sehr viel Mühe bei der Auswahl dieser Personen gegeben haben. Für uns Grünen wäre es so auch denkbar – und hier gehen wir noch einen Schritt weiter als die Postulanten –, die Weiterbeschäftigung dieser Lehrkräfte ohne Diplom auch für das Schuljahr 2024/2025 zu ermöglichen. So wäre es ihnen nämlich auch möglich, einen Klassenzug durchzuziehen. Sie sehen, wir Grünen unterstützen das dringliche Postulat, haben aber unsere eigenen Vorstellungen, wie dies umgesetzt werden soll. Wir müssen alles dafür tun, um die Schul- und Unterrichtsqualität zu erhalten.

Ich erlaube mir auch noch ein Wort zur SVP. Noch im Juni haben Sie bei der Diskussion unserer dringlichen Interpellation Folgendes gesagt: «Mit «Ready for Teaching» machen da einige Personen auf sich aufmerksam mit einer Interpellation, die es in diesem Sinne nicht braucht.» Und weiter haben Sie gesagt: «Ich bitte Sie, lassen Sie die Bildungsdirektion arbeiten. Sie soll Massnahmen prüfen und umsetzen.» Und was macht nun die SVP mit diesem dringlichen Postulat drei

Monate später? Sie bittet den Regierungsrat die Weiterbeschäftigung der Lehrpersonen ohne Zulassung zum Schuldienst über ein Jahr hinaus – für das Schuljahr 2023/24 – möglich zu machen. Sie schlägt also eine Massnahme vor, auf die wir die Bildungsdirektion bereits vor vier Monaten aufmerksam gemacht haben, die sie selber noch als unnötig bezeichnet hat. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Karin, wenn du mich nett gefragt hättest, hätte ich dir 30 Sekunden von mir gegeben.

Ich möchte gerne an die Adresse von Herrn Mörgeli etwas ganz klarstellen: Darf ich Sie darauf hinweisen, dass das Problem des Lehrermangels bekannt war und ist. Wie kommen Sie zu dieser abstrusen Aussage, dass es bürgerliche Bildungspolitik sei? Irgendwie sind Sie noch im Winterschlaf. Das strukturelle Problem hat in der Ära Aeppli (*Altregierungsrätin Regine Aeppli*) begonnen; das ist nicht bürgerliche Bildungspolitik. Und weil man dazumal nicht wusste, wie man Planung macht – es war eben die Planwirtschaft. Und wir haben das Resultat heute. Sie wissen es genau, aber sie blenden es gekonnt aus. Heisst es nicht, dass das, was man sät, auch erntet? Jetzt haben wir genau diese Situation, die Frau Aeppli dazumal verursacht hat. Sorry, gehen Sie Ihrer eigenen Geschichte nach und hören Sie auf, andere zu beschuldigen. Ich finde es toll, dass die Grünen, AL, GLP, FDP und SVP das unterstützen. Und nein, auch wenn das Postulat überwiesen ist und das Ganze gemacht ist, ist das Problem nicht gelöst. Es ist dasselbe wie bei der Mangellage bei der Energie: Mit mal das Licht ausschalten, ist das Problem nicht gelöst. Unterstützen Sie dieses dringliche Postulat; es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Besten Dank.

Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal: Ich wurde zwei Mal erwähnt, was mich dazu bewegt, nochmals etwas zu sagen. Ich sage zu Frau Fehr und Frau Stofer dasselbe: Ja, das ist richtig, das Zitierte habe ich gesagt. Es war ein Votum zur Interpellation. Du hast es sogar wortgetreu wiedergegeben. Ich nehme an, du hast das Protokoll gelesen; das ist sehr gut.

Nur, es gibt einen Unterschied. Wir haben ein Problem, welches hausgemacht ist, aber nicht gelöst wird. Wenn das Problem nicht gelöst wird, was Sache der Bildungsdirektion ist, dann muss der Kantonsrat aktiv werden und mittels Postulat die Bildungsdirektion anschieben, dieses Problem zu lösen. Darum haben wir das dringliche Postulat eingereicht. Es freut mich übrigens, dass ihr mit qualitativ guten Lehrpersonen ohne pädagogische Ausbildung hier vielleicht noch einen Schritt weitergehen möchtet. Das ist das Problem. Wir haben jetzt eine kurzfristige Massnahme ergriffen, um das Problem zu lösen. Die Langfristigkeit, Herr Hugentobler, es soll kein Providurium sein, es soll so lange dauern, bis das Problem gelöst wird. Daher habe ich vorher strategische Massnahmen gefordert mit den vier Forderungen, die ich aufgezählt habe. Diese Ausnahme, die wir hier fordern, soll so lange möglich sein, bis wir wieder genügend Lehrpersonen haben.

Es ist halt schon richtig, Frau Stofer, Sie sind noch etwas weitergegangen als Frau Fehr. Es ist wirklich so, dass wenn die Lehrpersonen zwei Lektionen pro Woche mehr arbeiten würden, hätten wir das Problem nicht. Nur, das können wir jetzt in diesem Postulat nicht erwähnen beziehungsweise, es ist nicht wichtig, nein, es ist

schon wichtig, aber nicht aktuell. Wir müssen jetzt kurzfristige Lösungen treffen, denn ich kann Ihnen sagen, schultechnisch – ich war zwar nie an der Volksschule tätig, aber auf Sek-Stufe II – sind wir jetzt bereits im nächsten Sommer. Wenn wir jetzt im nächsten Sommer sind, stehen wir nun vor der Schwelle, wo diese Lehrpersonen wieder hier sein müssen. Darum ist jetzt höchste Eisenbahn, dass wir dieses Postulat überweisen. Ich danke all jenen, die dies ermöglichen, dass dieses Postulat überwiesen wird. Besten Dank.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil) spricht zum zweiten Mal: Es sieht so aus, als ob wir dieses Postulat überweisen werden. Das freut mich natürlich. Das freut mich insbesondere für all die engagierten Personen in den Schulhäusern und besonders auch für die Kinder, die hier eine Konstanz erfahren dürfen.

Ich möchte auch noch kurz zu Rafael Mörgeli Stellung beziehen. Bloss, weil wir die Lösung an anderen Orten bezüglich der strukturellen Probleme sehen, heisst das nicht, dass wir untätig sind. Denn auch wir haben Vorstösse eingereicht, die wir als langfristige Problemlösung sehen. Vielleicht ist das zuvor in meinem Votum zu wenig klar herausgekommen: Selbstverständlich wollen auch wir die Nachqualifikation dieser Personen, die jetzt in den Unterrichtsräumen stehen; wir wollen diese Nachqualifikation berufsbegleitend. Während diese Personen Unterricht erteilen, sollen sie ein Studium absolvieren können. Ich bin gegenüber der Idee von Karin Fehr sehr positiv eingestellt und glaube, dass es in die richtige Richtung geht. Wir müssen die Qualität der Lehrpersonen sicherstellen, während wir gleichzeitig jetzt kurzfristig ein Problem lösen. Das auch an die Adresse von Hanspeter Hugentobler: Nein, es soll kein Providurium sein. Aber wir müssen jetzt für Planungssicherheit sorgen respektive die Bildungsdirektion muss jetzt für Planungssicherheit sorgen. Das ist das grösste Anliegen. Vielen Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Dieses Postulat rennt an und für sich offene Türen ein. Es ist einfach das falsche Instrument, denn mit dem Postulat wird die Anpassung des Lehrpersonalgesetzes verlangt. Paragraph 7 Absatz 2 des Lehrpersonalgesetzes erklärt eine Massnahme für zulässig in Notsituationen, die klar befristet sein muss. Stellt die Bildungsdirektion beziehungsweise das Volksschulamt fest, dass der Bedarf an Lehrpersonen nicht gedeckt werden kann, können die Gemeinden ermächtigt werden, für längstens ein Jahr Lehrpersonen ohne offizielle Zulassung anzustellen. Das ist eine gesetzliche Vorgabe, an die der Regierungsrat und die Bildungsdirektion gebunden sind. Wir können das auf Verordnungsstufe oder in Form von Anordnungen nicht ändern. Es ist deshalb nicht in der Kompetenz des Regierungsrates, die Anstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung für länger als ein Jahr zu erlauben.

Eine Befristung der Anstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung ergibt sich so dann auch aus Artikel 19 der Bundesverfassung, der den garantierten Anspruch auf ausreichenden Grundschulunterricht legiferiert. Eine Verletzung dieses Anspruchs kann aus der Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler durch eine nicht genügend ausgebildete oder fähige Lehrperson resultieren. Dazu gibt es eine reiche Bundesgerichtspraxis, und das Bundesgericht würde vermutlich eine Klage

in diesem Zusammenhang gutheissen. Deshalb darf der Einsatz von Lehrpersonen ohne Zulassung eben nur ausnahmsweise erfolgen und ist in seiner Dauer angemessen zu beschränken, was im Paragraph 7 des Lehrpersonalgesetzes so vorgegeben ist.

Die Problematik, dass diese Lehrpersonen ohne Diplom nach einem Jahr dann wieder weggeschickt würden, ist der Bildungsdirektion sehr wohl bewusst. Die Zusicherung der Pädagogischen Hochschule sich dieser Personen anzunehmen, war die Grundvoraussetzung, um die Bewilligungen überhaupt zu erteilen. Wir sind inhaltlich also absolut gleicher Meinung. Diejenigen Lehrpersonen ohne Diplom, die geeignet sind, sollen dem Schuldienst erhalten bleiben. Eigentlich ist diese Massnahme eine sehr angenehme Nebenwirkung bei der Akquirierung und Suche nach geeigneten Studierenden. Die Bildungsdirektion arbeitet gemeinsam mit der PHZH mit Hochdruck an Lösungen. Wir sind schon sehr weit. Heute Morgen fand die letzte Sitzung mit dem Rektor der Pädagogischen Hochschule (*Heinz Rhyn*) statt; es wird für Menschen ohne offizielles Diplom ganz klare Zulassungsbedingungen zum Studium geben. Die Pädagogische Hochschule wird Dossier-Aufnahmen ermöglichen. Diese Lösungen werden allerdings erst Mitte November kommuniziert werden können, denn es ist mein Wunsch, dass die jetzt vorliegenden Ansätze noch erweitert und optimiert werden. Wir werden auch zeitnah einen Vorschlag zur Optimierung des neuen Berufsauftrags in die Vernehmlassung schicken, der ebenfalls Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels vorsieht.

Um diese Lösungsansätze in ihrer Gesamtheit zu erarbeiten, braucht es keine Taskforce, die vielleicht zweimal jährlich sitzt oder nicht sitzt. Es gibt sie zwar, sie ist aber nicht relevant für diese Arbeiten. Die Arbeiten zur Bekämpfung des Lehrermangels werden in der Bildungsdirektion seit Längerem schon intensiv angegangen, und wir wissen genau, dass gewisse Problemstellungen eben nur über Gesetzesrevisionen angegangen werden können. Ich bin froh, wenn Sie uns dann dabei unterstützen, sobald diese Gesetze als Entwurf dem Rat vorliegen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 316/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert eines Jahres.

Das Geschäft ist erledigt.